

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

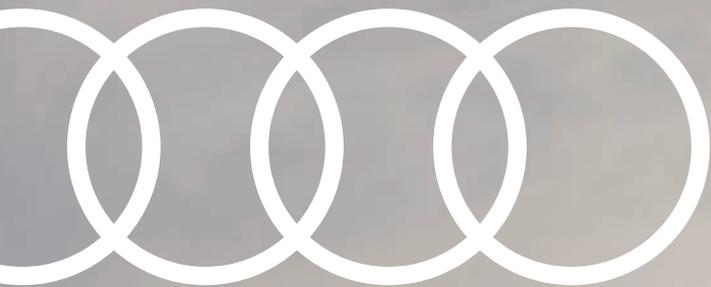
04
2024

DEZEMBER 2024
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873



Wieder nach vorne

NEUSTART FÜR DEUTSCHLAND



Eine schöne Art, Arbeit und Vergnügen zu verbinden.

Verstärken Sie Ihre Business-Flotte mit den neuen Audi A6 e-tron Modellen.

This is Audi



Angebote entdecken auf [audi.de/business](https://www.audi.de/business)

Audi Vorsprung durch Technik

Eine Frage des Vertrauens

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Aber für mich ist Vertrauen das A und O für jede Beziehung – in der Liebe, unter Freunden, bei der Arbeit und in der Politik. Ist das Vertrauen erst einmal zerstört, lässt es sich nur schwer wieder heilen.

Wir haben diese Erfahrung als Union selbst gemacht. In den letzten Jahren der Großen Koalition haben wir enttäuscht. Damit meine ich keine Einzelentscheidungen. Aber wir waren nicht mehr klar und schienen den Kompass verloren zu haben. Mitglieder fragten uns: Wofür stehen wir eigentlich noch? Die Wählerinnen und Wähler verloren das Vertrauen in unsere Zukunftskompetenz und wählten uns 2021 ab. Vertrauen ist eben keine Dauerleihgabe, sondern ein zerbrechliches Gut.

Es war schwer, dieses Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Wir haben es noch nicht ganz geschafft. Aber wir sind auf dem besten Weg – auch dank unseres Parteivorsitzenden Friedrich Merz und unseres Generalsekretärs Dr. Carsten Linnemann. Die Union tritt geschlossen auf.

Die Frage nach dem Vertrauen wird der Bundeskanzler dem Deutschen Bundestag vor Weihnachten stellen. Endlich. Allein die Ankündigung hat eine Aufbruchstimmung ausgelöst. Der Neustart für Deutschland rückt damit in greifbare Nähe. Und dieser tut bitter Not.

Deutschland ist wieder der kranke Mann Europas. Unsere Wirtschaft schrumpft zum zweiten Mal in Folge, während der Rest Europas wächst. Die Probleme sind hausgemacht: Es regieren Misstrauen und Mikromanagement. Der Staat tritt wie ein Gutsherr auf, der seine Ziele mit der Brechstange durchsetzen will.

Wir wollen, müssen und können „Wieder nach vorne“. Dieser Slogan unseres Konrad-Adenauer-Hauses bringt es auf den Punkt. Wir haben dafür die Hausaufgaben gemacht. Wir sind inhaltlich durch unser Grundsatzprogramm stark positioniert – mit einem Bekenntnis zur Freiheit und zur Sozialen Marktwirtschaft. Mit uns wird sich Leistung wieder lohnen. Unsere Agenda: Wohlstand für alle.



Die Umfragewerte liegen stabil bei 32 Prozent aufwärts. Aber wir dürfen nicht beliebig oder übermütig werden. Abgerechnet wird erst am Wahltag. Denn wie gesagt: Vertrauen ist ein fragiles Gut.

Und wir müssen uns leider darauf einstellen: Der Wahlkampf wird heftig, hart und leider wohl auch dreckig. Das lassen die niveaulosen persönlichen Attacken auf Friedrich Merz erahnen. Konservativ wird mit rechtsextrem gleichgesetzt. Der Union wird unterstellt, dass wir nur die Reichen noch reicher machen und auf dem Rücken der Ärmsten sparen wollen. Spätestens nach Weihnachten wird dieses Bashing auf Hochtouren laufen. Dabei können die Parteien links der Mitte auf die Duldung bzw. Unterstützung etlicher Medien rechnen.

Aber lassen wir uns nicht Bange machen. Denn das Ziel ist zu wichtig: Deutschland „wieder nach vorne“ zu bringen. Wenn nicht wir, wer dann? Wenn wir zusammenstehen, wenn wir gemeinsam kämpfen, wenn wir eine Bewegung werden, wird es gelingen.

Mit Klarheit, Entschlossenheit, Demut – und Vertrauen auf uns selbst. Wer Vertrauen hat, erlebt jeden Tag Wunder.

Gitta Connemann MdB
MIT-Bundesvorsitzende

Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Fabian Wendenburg

Chefin vom Dienst:

Dr. Juliane Berndt

Redaktion:

Bastian Pophal

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2
53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubg365.de
www.ubg365.de
Geschäftsführer: Jonathan Schreyer, Frank Stuch
Projektleitung:
Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

Druckauflage:

26 000 Exemplare

Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0221 7881443
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung.

© Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.



10

MIT:EDITORIAL

Eine Frage des Vertrauens

3

von Gitta Connemann

MIT:KOLUMNE

von Julia Ruhs

Das Ampel-Aus ist eine riesige Chance

8

MIT:TITEL

Carsten Linnemann:

10

Plädoyer für ein Land,
auf das wir wieder stolz sein können

MIT:REPORT

Mittelstandspreis der MIT

14

Ein Abend im Zeichen von Mut
und Tatkraft

Fachkräftezuwanderung:

20

Beschäftigungsverbot
in der Zeitarbeit aufheben

20





MIT:INTERVIEW

Alexander Dobrindt stellt klar:

„Deutschland muss technologischer Vorreiter bleiben.“

24

MIT:THEMA

Thomas Jarzombek fordert:

Mehr Marktwirtschaft für die Forschung!

30

MIT:FAKTEN

Geschäftsklima für Selbstständige auf Talfahrt | Jugend versteht Wirtschaft nicht | Umsätze im Handwerke brechen ein

6-7



MIT: INSIDE

EU-Check

32

Inside-Meldungen

32

Neumitglieder

34

Mitgliederstatistik

35

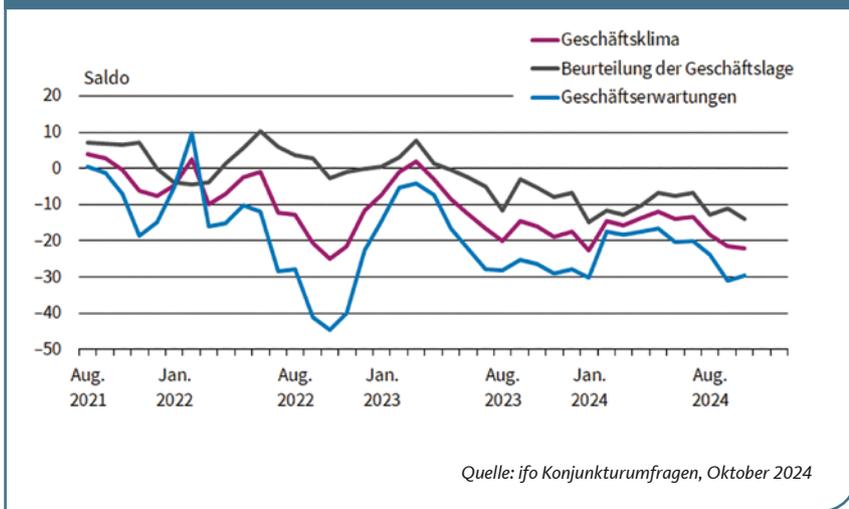
Impressum

4



Geschäftsklima für Selbstständige auf Talfahrt

Geschäftsklima Selbstständige



18 Prozent der Selbstständigen befürchten, ihr Geschäft aufgeben zu müssen – diese Schockzahlen meldet das ifo-Institut. Im Oktober vor einem Jahr waren es noch 16,5 Prozent. Dieser Wert liegt deutlich höher als in der Gesamtwirtschaft mit 7,3 Prozent. Nahezu die Hälfte der Befragten, 48,5 Prozent, meldeten im Oktober zu wenig Aufträge, nach 44,4 Prozent im Juli. Der Anteil ist bei Selbstständigen höher als in der Gesamtwirtschaft mit 41,5 Prozent. Die Ursache ist klar: Aufgrund der wirtschaftlichen Unsicherheit sind Großunternehmen mit Aufträgen zurückhaltend, analysierte ifo.

Jugend versteht Wirtschaft nicht

Viele junge Menschen finden Wirtschaftsthemen spannend, aber schwer zu verstehen, zeigt eine Bertelsmann-Studie. Etwas mehr als die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland interessiert sich demnach für das Thema Wirtschaft. Für ebenfalls über die Hälfte sind Wirtschaftsnachrichten aber zu kompliziert. Ein ebenso großer Anteil meint, nicht genug über Wirtschaft zu wissen, um

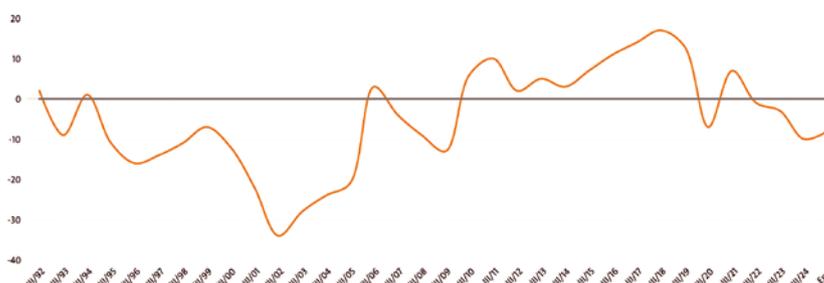
tagesaktuelle Wirtschaftsnachrichten zu verstehen. Doch welche Wirtschaftsthemen sind den Befragten besonders wichtig? Mit 81 Prozent steht die berufliche Weiterentwicklung und das Lernen nach der Schule an der Spitze. Dann folgt mit 79 Prozent die Frage nach der Finanzierung des Lebens im Rentenalter. Auf Platz 3 liegt das Thema Chancengleichheit bei Bildung und Beruf (78 Prozent).

Umsätze im Handwerk brechen ein

Die Konjunktur im Handwerk zeigte sich auch im 3. Quartal 2024 kraftlos und ohne Aufwärtsdynamik, bilanziert der aktuelle Konjunkturbericht des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH). Im Vorjahresvergleich meldeten merklich weniger Handwerksbetriebe eine gute aktuelle Geschäftslage (minus 5 Prozentpunkte auf 43 Prozent), zugleich spürbar mehr eine schlechte (plus 3 Prozentpunkte auf 17 Prozent). Vor einem Jahr waren die Geschäftserwartungen stark negativ von hohen Inflationsraten und Energiepreisen beeinflusst. Die durchschnittlichen Auftragsreichweiten lagen nur noch bei 8,9 Wochen (III/2023: 9,9 Wochen). Vor allem in den Ausbaugewerken verringerten sich die Vorlaufzeiten zuletzt stark. Deutlich rückläufig entwickelten sich im Berichtsquartal die Umsätze im Handwerk. Mehr Betriebe meldeten sin-

kende, demgegenüber weniger wachsende Umsätze. Der Umsatzindikator sank von minus 2 auf nur noch minus 10 Punkte.

Entwicklung der Umsätze im Handwerk



Quelle: ZDH-Konjunkturbefragung 3. Quartal 2024

Anzeige

**FÜR
BERLIN**
SEIT 100 JAHREN

**Investitionsbank
Berlin**

Erfolg.Fördern.Berlin.

wachsen mit der IBB

Wir haben die passende finanzielle Förderung, damit Dein Unternehmen wachsen kann. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Dein Geschäft langfristig erfolgreich zu machen.

Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

ibb.de/wachsen

Das Ampel-Aus ist eine riesige Chance

Von Julia Ruhs

Mit den Neuwahlen ist sie endlich da, die Chance auf einen klaren Politikwechsel. Das Schlimmste, was passieren kann, ist: dass sie nicht genutzt wird. Dass die neue Regierung eine „Zeitenwende“ à la Scholz verkündet, es aber bei Gerede bleibt und es ähnlich weitergeht wie unter der Ampel oder Angela Merkel.

Was es braucht: eine wirksame Flüchtlingspolitik. Das deutliche Signal an die Welt: In Deutschland gibt es keinen Platz mehr. So wie es zahlreiche andere EU-Staaten um uns herum längst tun. Wir dürfen nicht schon wieder die verirrten Geisterfahrer sein. Außerdem muss die Wirtschaft endlich wieder boomen, Arbeit sich wieder lohnen. Deshalb gehören die Steuern runter und das Bürgergeld in seiner aktuellen Form abgeschafft. Der Staat muss wieder vernünftig mit seinen Sozialausgaben umgehen. Nur so viel verteilen, wie auch erwirtschaftet wird. Von nix kommt schließlich nix. Es braucht wieder mehr Vertrauen in den Markt, in die Eigenverantwortung, die Schaffenskraft, die Mündigkeit des Einzelnen. So wenig Menschen wie möglich sollten abhängig vom Staat sein bzw. abhängig gehalten werden – denn Abhängigkeit bedeutet auch, dass Menschen irgendwann wirklich glauben, sie schaffen es nicht allein.

Außerdem muss das Selbstbestimmungsgesetz überarbeitet werden, denn das aktuelle ist Verrat an der Existenz von biologischem Geschlecht und der Weg in eine Welt der gefühl-



Julia Ruhs ist Reporterin beim Bayerischen Rundfunk und Kolumnistin bei Focus Online. Zuvor machte sie ein Volontariat beim BR in München. Während ihres Medien- und Politikstudiums war sie Stipendiatin der journalistischen Nachwuchsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

ten Wahrheiten. Das neue Staatsbürgerschaftsrecht muss weg. Denn nach drei Jahren den deutschen Pass bekommen zu können ist ein Witz. Und da ist noch eine Sache, abseits aller politischen Vorhaben: Die Menschen wollen keine Politiker, die abgehoben und elitär wirken. Sondern Leute, die auch mal abseits der Politik gelebt haben. Politiker, mit denen sie sich identifizieren können. Die auch mal reden wie sie. Denen lieber mal ein platter, unfeiner Spruch herausrutscht, als sich ständig so stark selbst zu zensieren, dass alles nur noch klingt wie einschläferndes Pressesprech.

Es braucht wieder dringend mehr Mut in der Politik. Das mag jetzt komisch klingen, weil es von einer Journalistin kommt. Aber wenn ich Politikern einen Rat geben würde, wäre das: Nicht so sehr darauf schauen, was Journalisten über sie schreiben. Einfach ihr Ding machen, dem eigenen politischen Instinkt folgen. Denn vieles, was die Mehrheit der Menschen gut findet, hält die Minderheit, die professionell in die Tasten haut, für gefährlich. Sie framen es als rückschrittlich, moralisch falsch, populistisch, „rechts“. Allzu oft bildet die veröffentlichte Meinung nicht die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung ab.

Die Ampel war ein Pappel-Programm für die AfD. Von der fünftstärksten Kraft bei der Bundestagswahl 2021 ist die AfD jetzt laut Umfragen zur zweitstärksten herangewachsen. Egal, wie die neue Regierung aussieht: Sie darf nicht wieder wirken wie Einheitsbrei. Denn dann geht der Wunsch nach Veränderung, nach einer „alternativen Politik“ nicht weg. Und dieser Wunsch ist eigentlich etwas zutiefst Demokratisches. Bloß bei der Partei, für die sich manche aus diesem Grund entscheiden, darf man seine Zweifel haben. Deshalb obliegt die „Rettung der Demokratie“, wie es Linke gerne bezeichnen, ironischerweise der Union: Sie muss glaubwürdig einen Wandel verkörpern. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.



„Dinge besser zu machen, ist unser Anspruch – auch im HR-Bereich. Mit unserer Steuerberatung und DATEV sind wir zukunftssicher aufgestellt.“

Martin Esslinger und Karin Bernecker, ORTLIEB Sportartikel GmbH

Ob Produkte, Dienstleistungen oder organisatorische Prozesse – eine kontinuierliche Optimierung ist die Basis für jeden Unternehmenserfolg. Dazu braucht es besonders im HR-Bereich flexible Möglichkeiten, um neuen Anforderungen effizient zu begegnen. Mit dem Know-how Ihrer Steuerberatung und den HR-Lösungen von DATEV ist Ihr Unternehmen bereit für jede Herausforderung.



gemeinsam-besser-machen.de





**Plädoyer für ein Land,
auf das wir wieder
stolz sein können**

Von Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU Deutschlands

Olaf Scholz ist als Kanzler gescheitert. Bei der Bevölkerung hat er nach drei Jahren Führungslosigkeit keine Akzeptanz mehr. Selbst in der eigenen Partei ist er umstritten. Die SPD steht mit dem Rücken zur Wand und fährt deshalb eine Angst- und Schmutzkampagne. Wir werden da nicht einsteigen. Im Gegenteil: Wir werden den Menschen sagen, was wir besser machen werden. Wir werden dem Land wieder eine (begründete) Zuversicht vermitteln.

Konkret wollen wir mit der Agenda 2030 unser Land wieder zukunftsfest machen. Es muss um einen Turbo für die Wirtschaft gehen. Worum geht es zum Beispiel?

Alle Kostentreiber bei Energie müssen auf den Prüfstand. Wir werden etwa das Habeck'sche Heizungsgesetz zurücknehmen. Es besteht aus unnötigem Mikromanagement und subventioniert faktisch die Wärmepumpe als einzige Technologie. Ergebnis ist, dass im vergangenen Jahr so viele Öl- und Gasheizungen gekauft wurden wie lange nicht mehr. Wir setzen auf die CO₂-Bepreisung und Technologieoffenheit. Viele unserer heutigen Regulierungen verdrängen unsere Industrie und verlagern CO₂-Emissionen in andere Länder. Diese Regelungen bringen dem Klima nichts, schaden aber unserer Wirtschaft.

„Die SPD steht mit dem Rücken zur Wand und fährt deshalb eine Angst- und Schmutzkampagne. Wir werden da nicht einsteigen“

Wir werden ferner das Bürgergeld abschaffen und durch eine Grundsicherung ersetzen. Wer arbeiten kann, muss arbeiten gehen, sonst gibt es keine Sozialleistungen. Niemand muss in Deutschland arbeiten. Wer aber Sozialleistungen erhält und arbeiten kann, der kann nicht erwarten, dass das die Steuerzahler für ihn bezahlen.

Darüber hinaus müssen wir endlich dafür sorgen, dass in Deutschland wieder gebaut wird. Bauen ist einfach zu teuer geworden. 1990 hatten wir 5.000 Bauvorschriften, heute sind es rund 20.000. Wir brauchen eine Standardnorm für das sichere und einfache Bauen. Im Kern braucht es einen Standard, der Statik und Brand- und Schallschutz umfasst. Das war's! Dann sind die Decken halt nicht mehr 22 Zentimeter, sondern 18 Zentimeter dick. Wir müssen in Deutschland den Mut haben, solche Fragen anzugehen. Sonst bürokratisieren wir uns noch zu Tode.

„1990 hatten wir 5000 Bauvorschriften, heute sind es rund 20.000. Wir brauchen eine Standardnorm für das sichere und einfache Bauen“



„Viele unserer heutigen Regulierungen verdrängen unsere Industrie und verlagern CO2-Emissionen in andere Länder. Diese Regelungen bringen dem Klima nichts, schaden aber unserer Wirtschaft“

Außerdem wollen wir unser Steuersystem so gestalten, dass mehr Netto vom Brutto übrigbleibt. Im Augenblick müssen Menschen, die rund 65.000 Euro im Jahr verdienen, bereits den Spitzensteuersatz zahlen, also auch zum Beispiel Facharbeiter.

Unser Plan: Wir wollen die Grenze, ab der der Spitzensteuersatz greift, nach oben verschieben, auf 80.000 Euro. Das hätte zur Folge, dass die Steuerkurve flacher würde, Mittelschicht und Mittelstand komplett entlastet würden. All diese Punkte müssen meines Erachtens in die Agenda 2030 einfließen.

Weiter geht es uns in der Rentenpolitik – anders als Olaf Scholz behauptet – nicht darum, Renten zu kürzen. Es geht uns vielmehr darum, auch in Zukunft genug Beitragszahler zu haben, die eine sichere Rente finanzieren. Dazu dient die Aktivrente. Sie soll freiwillige Berufstätigkeit nach dem Renteneintritt attraktiv machen. Die Konvention des „von 100 auf null“ wollen wir beenden und bis 2.000 Euro im Monat von der Steuer freistellen. Das hilft den Unternehmen, die Fachkräfte brauchen. Und das hilft Rentnern, die sich etwas dazu verdienen wollen.

Darüber hinaus benötigen wir auf der einen Seite einen neuen digitalen Turbo für die Zuwanderung von Arbeitskräften. Auf der anderen Seite müssen wir die illegale Migration stoppen. Wir wollen hierfür das Drittstaaten-Konzept einführen. Nur dann können wir die Menschen, die berechtigterweise bei uns Schutz gesucht haben und noch suchen, tatsächlich integrieren.

Bis dahin müssen Zurückweisungen an der Grenze erfolgen. Ein Staat muss wissen, wer im Land ist und wer nicht. Die illegale Migration muss gestoppt werden.

Um es abschließend auf den Punkt zu bringen. Was Deutschland jetzt braucht, sind keine neuen Beamten in den Ministerien, keine neuen Fördertöpfe und keine 66 Regierungsbeauftragten. Vielmehr sind Mut und Entschlossenheit nötig, den so dringend erforderlichen Kurswechsel auch wirklich anzugehen.

„Ein Staat muss wissen, wer im Land ist und wer nicht. Die illegale Migration muss gestoppt werden“

Deutschland braucht eine Einfach-machen-Mentalität. Nur so starten wir einen Aufbruch, der den Menschen die Zuversicht zurückgibt und unserem Land einen Neustart ermöglicht. So können wir endlich wieder stolz sein auf ein modernes, funktionierendes und starkes Deutschland. ●

GLANZVOLLE GALA FÜR DIE VERLEIHUNG DES MITTELSTANDSPREISES AM BRANDENBUR

MIT zeichnet Mut und Tatkra

Es war wieder soweit! Am 15. Oktober haben wir zum mittlerweile zehnten Mal den Mittelstandspreis der MIT verliehen. Damit zeichnet die MIT Persönlichkeiten, Initiativen und Unternehmen in den Kategorien Politik, Gesellschaft und Unternehmen aus. Voraussetzung ist ein besonderer Einsatz für die Freiheit und die Soziale Marktwirtschaft. Zahlreiche Medien berichteten auch dieses Mal über die Verleihung im Allianz Forum am Brandenburger Tor in Berlin.

Aus aktuellem Anlass wurde auch dieses Mal ein Sonderpreis Zivilcourage vergeben. Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, wurde für ihr herausragendes Engagement für Aussöhnung und gegen Antisemitismus ausgezeichnet. Die Laudatio auf Charlotte Knobloch hielt der Kanzlerkandidat der Union und Vorsitzende der CDU Deutschlands Friedrich Merz.

Merz sagte: „Charlotte Knobloch ist seit Jahrzehnten eine wichtige Stimme in der deutschen Öffentlichkeit. Eine Stimme für Aussöhnung, für Toleranz, für Demokratie und für Menschlichkeit. Sie spricht als Zeitzeugin, als Deutsche, als Jüdin, als Bayerin und als Demokratin. Dass wir heute wieder jüdisches Leben in Deutschland haben, lebendiges jüdisches Leben – das ist ganz wesentlich auch Ihr Verdienst, liebe Frau Knobloch. Und ein Zeugnis Ihrer beeindruckenden Widerstandskraft.“

Der Preis in der Kategorie Politik wurde an den luxemburgischen Premierminister Luc Frieden vergeben. Für die Jury sind sein entschlossenes Eintreten für die Soziale Marktwirtschaft sowie sein Einsatz als Brückenbauer in Europa preis-

würdig. Die Laudatio auf Luc Frieden hielt Ministerpräsident a. D. Armin Laschet.

Den Preis in der Kategorie Gesellschaft erhielt die Wirtschaftsweise Prof. Dr. Veronika Grimm. Die Wirtschaftswissenschaftlerin tritt mit aller Klarheit beherzt für die Wahrung ordnungspolitischer Prinzipien ein – auch gegen Widerstände. Die Laudatio auf Prof. Dr. Grimm hielt der damalige Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann. Er sagte: „Veronika Grimm ist ein Bollwerk ökonomischer Vernunft. Auch in stürmischen Zeiten bleibt sie ihren Überzeugungen für mehr Marktwirtschaft und Solidität treu. Das zeichnet sie aus und bringt ihr breite Wertschätzung entgegen.“

Die web-netz GmbH aus Lüneburg bekam den Preis in der Kategorie Unternehmen. Die Gründer stellen unter Beweis, dass auch heute Betriebe noch eigenfinanziert wachsen können. Die Kooperation mit der Leuphana Universität ist beispielhaft für das Miteinander von Forschung und Unternehmertum. Die Laudatio hielt die Jury-Vorsitzende und stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende Jana Schimke.

Die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann erklärte: „Mut, Verantwortungsbereitschaft und Rückgrat – für diese Eigenschaften stehen alle unsere Preisträgerinnen und Preisträger. In einer Zeit der Rezession und gesellschaftlicher Spaltung brauchen Deutschland und Europa mitmachende Vorbilder. Der Einsatz für die Soziale Marktwirtschaft, für die europäische Idee oder für die Loyalität zu Israel sind nicht nur preiswürdig. Diese Ziele sind existentiell für die freiheitlich demokratische Grundordnung.“



GER TOR IN BERLIN

ft aus

Deutscher
Mittelstandspreis
der MIT

2024

PARISCHER ABEND 2024

DEUTSCHER MITT



2

1. Die Preisträger auf der Bühne zusammen mit MIT-Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg, der MIT-Bundesvorsitzenden Gitta Connemann und der Jury-Vorsitzenden Jana Schimke
2. Preisträgerin Charlotte Knobloch im vertrauten Gespräch mit Laudator Friedrich Merz
3. Gitta Connemann begrüßt die über 400 Gäste im Allianz-Forum
4. Gitta Connemann, eingerahmt von Charlotte Knobloch und Friede Springer
5. Brückenbauer in Europa: Premierminister Luc Frieden (Mitte) mit Laudator Armin Laschet und Gitta Connemann
6. Die Bundesvorsitzende fühlt sich sichtlich wohl neben den vier erfolgreichen Gründern der web-netz GmbH, Preisträger in der Kategorie Unternehmen
7. Applaus für Prof. Dr. Veronika Grimm von Laudator Dr. Marco Buschmann und Gitta Connemann
8. Luc Frieden, Fabian Wendenburg und Bernd Knobloch verfolgen die beeindruckenden Reden der Laudatoren
9. MIT-Schatzmeister Michael Littig im Gespräch mit Frank Stuch aus dem Konrad-Adenauer-Haus

4

5

6

7

8

9



1

„Charlotte Knobloch ist seit Jahrzehnten eine wichtige Stimme in der deutschen Öffentlichkeit. Eine Stimme für Aussöhnung, für Toleranz, für Demokratie und für Menschlichkeit. Sie spricht als Zeitzeugin, als Deutsche, als Jüdin, als Bayerin und als Demokratin.“

Friedrich Merz über Charlotte Knobloch

2



3



4



1. Gitta Connemann im Gespräch mit Charlotte Knobloch und dem CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz
2. Jana Schimke, stv. MIT-Bundesvorsitzende und Jury-Vorsitzende
3. CDU-Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann, hier zusammen mit Friede Springer
4. Über 400 Gäste kamen auf Einladung der MIT in das Allianz-Forum
5. Auch Axel Wallrabenstein (MSL Group) ließ es sich nicht nehmen, vorbeizuschauen
6. Premierminister Luc Frieden wird von der Bundesvorsitzenden in Empfang genommen
7. Hundeliebhaberin Gitta Connemann begrüßt Ruben, die vierbeinige Begleitung von Charlotte Knobloch
8. „Wir sind die Niedersachsen“: Holger Cosse und Peter Luths, Mitglieder im MIT-Bundesvorstand
9. VDA-Präsidentin Hildegard Müller und Dr. Hendrik Hoppenstedt, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion
10. Dorothee Bär im Smalltalk mit dem luxemburgischen Premierminister
11. Allianz-Vorständin und Gastgeberin Dr. Heike Conrads hieß die zahlreichen Gäste im Allianz-Forum willkommen
12. Die stv. CDU-Generalsekretärin Christina Stumpp mit den Preisträgern der web-netz-GmbH
13. Hört konzentriert zu: Stv. MIT-Bundesvorsitzende Dorin Müthel-Brenncke
14. Ehrengast Ruben
15. Mit seinem rheinischen Humor brachte Laudator Armin Laschet auch Friedrich Merz und Luc Frieden zum Lachen



5



6



7



8



9



10



11

„Die web-netz GmbH steht für eine neue Unternehmergeneration, die aber bereits jetzt zu einer festen Größe ihrer Branche geworden ist. Der Werdegang ihrer Gründer ist nicht nur eindrucksvoll, er macht Mut. Er ist Vorbild und versinnbildlicht das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft.“

Jana Schimke über die web-netz GmbH



12



13



14



15

1. Das Allianz-Forum bot auch in diesem Jahr wieder die ideale Kulisse für den Parlamentarischen Abend der MIT – mitten im Regierungsviertel
2. Auch die Presse durfte nicht fehlen: Gitta Connemann im Interview
3. Thorsten Alsleben mit Carl-Victor Wachs von der INSM
4. Annette Bartos vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall
5. Anna Bauseneick – nicht nur Begleitung der Preisträger aus der Kategorie Unternehmen, sondern auch Abgeordnete im Niedersächsischen Landtag
6. Immer auch ein Familientreffen: CDU-Bundesgeschäftsführer Dr. Philipp Birkenmaier
7. Jannick Joost, Gesamtmetall
8. Es durfte auch gelacht werden: Christian von Stetten, Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand
9. Oliver Zander (Gesamtmetall) und Karl-Sebastian Schulte (ZDH) – beide ständige Gäste im MIT-Bundesvorstand
10. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Freien Berufe (BFB) Peter Klotzki in heiterem Austausch
11. Den geselligen Teil des Abends nutzten die Gäste für viele gute Gespräche, so auch Dr. Klaus Wiener MdB und Martin Ruppmann (INSA)
12. BFB-Präsident Dr. Stephan Hofmeister, stv. Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung u. a. mit Hilmar Sattler (Friedrich-Naumann-Stiftung)
13. Alexandra Schick (li., Union Investment), Mitglied der MIT-Kommission Arbeit und Soziales
14. Dr. Ansgar Tietmeyer im Gespräch mit Prof. Dr. Veronika Grimm
15. Ihm hören alle gespannt zu: Gero Schulze Isfort, Gast im MIT-Bundesvorstand



1



2

„Diese Kombination aus Herzblut-Europäer, politischer und wirtschaftlicher Erfahrung und dabei eigene Überzeugungen zu haben, das ist der Grund, warum sich die Jury entschieden hat, Dir heute diesen Preis zu verleihen.“

Armin Laschet über Luc Frieden



3



4



5



6



7



8



9

„Veronika Grimm ist ein Bollwerk ökonomischer Vernunft. Auch in stürmischen Zeiten bleibt sie ihren Überzeugungen für mehr Marktwirtschaft und Solidität treu.“

Marco Buschmann über Veronika Grimm



10



11



12



13



14



15



Fachkräftezuwanderung: Beschäftigungsverbot in der Zeitarbeit aufheben

Das Zustimmungsverbot der BA erschwert die Rekrutierung von Fachkräften aus Drittstaaten – eine moderne Arbeitsmigration sieht anders aus

Deutschland steht vor einer zentralen Herausforderung: dem demografisch bedingten Fachkräftemangel. Das Institut für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) prognostiziert, dass jährlich 400.000 zusätzliche Zuwanderer benötigt werden, um das Arbeitskräfteangebot stabil zu halten. Eine gezielte Einwanderungspolitik ist deshalb unverzichtbar.

Ein wichtiger Baustein könnte die Abschaffung des Beschäftigungsverbots in der Zeitarbeit für Drittstaatsangehörige sein. Die MIT hat auf dem 36. Bundesparteitag der CDU erfolgreich einen entsprechenden Antrag eingebracht, der die Streichung des Zustimmungsverbots der Bundesagentur für Arbeit (BA) nach § 40 Abs. 1 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) fordert.

Zeitarbeitsfirmen als Partner für Arbeitsmigration

Zeitarbeitsfirmen verfügen über erprobte Strukturen, um ausländische Arbeitskräfte zu rekrutieren und zu integrieren. Ihr Ausländeranteil liegt mit 44,6 Prozent deutlich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 15 Prozent. Ihre Expertise reicht von der Anwerbung über die Betreuung bis zur Qualifizierung.

Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), die selten über ausreichende Ressourcen für die direkte Rekrutierung im Ausland verfügen, profitieren von Zeitarbeitsfirmen. Diese minimieren das Risiko für Unternehmen, indem sie die Verantwortung für Auswahl, Vorbereitung und Beschäftigung übernehmen.

Warum das Verbot nicht mehr zeitgemäß ist

Das aktuelle Zustimmungsverbot der BA erschwert Zeitarbeitsfirmen die Rekrutierung von Fachkräften aus Drittstaaten. Dies steht im Widerspruch zu den Zielen einer modernen Arbeitsmigration. Während hochqualifizierte Drittstaatsangehörige von der Regelung ausgenommen sind, bleiben viele andere Berufsgruppen ausgeschlossen.

Die Zeitarbeitsbranche bietet jedoch sozialversicherungspflichtige, tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse. Die Unternehmen unterliegen der strengen Erlaubnispflicht der BA und regelmäßigen Kontrollen. In diesem rechtlichen Rahmen könnte Zeitarbeit eine Schlüsselrolle bei der gesteuerten Fachkräftezuwanderung spielen.

„Deutschland steht vor einer zentralen Herausforderung: dem demografisch bedingten Fachkräftemangel.“

Erfolgsmodell für Integration und Qualifikation

Zeitarbeitsfirmen investieren in die Qualifizierung ihrer Beschäftigten. Dieses Geschäftsmodell sorgt dafür, dass sie ein starkes Interesse an der langfristigen Bindung ausländischer Fachkräfte haben. Eine Beschäftigung über Zeitarbeit erleichtert den Einstieg: Unternehmen und Fachkräfte können zunächst in einer „Probephase“ testen, ob sie zueinanderpassen. Sollte dies nicht der Fall sein, vermittelt die Zeitarbeitsfirma flexibel weiter.

Besonders KMU könnten von einer Öffnung der Zeitarbeit profitieren. Ihnen fehlt oft die Erfahrung oder Kapazität, um Fachkräfte direkt im Ausland zu rekrutieren. Zeitarbeitsfirmen bieten hier professionelle Unterstützung, ohne die Unternehmen zusätzlich zu belasten.

„Wachstumsinitiative“ der Ampel: Fehlende Weitsicht

Die Ampel-Koalition hatte 2024 im Rahmen ihrer so genannten „Wachstumsinitiative“ eine Öffnung der Zeitarbeit für Drittstaatsangehörige vorgeschlagen. Doch dieser Ansatz war mit erheblichen Schwächen verbunden: Eingriffe in bestehende Tarifverträge, fragwürdige Kündigungsbeschränkungen und ein hoher bürokratischer Mehraufwand hätten die Umsetzung erschwert. Die CDU/CSU-Fraktion lehnt diesen unausgereiften Plan ab. Mit dem Ende der Ampel-Regierung wird der Vorschlag nicht mehr umgesetzt.

Die CDU setzt stattdessen auf eine praktikable und wirtschaftsfreundliche Lösung, die die Zeitarbeit sinnvoll in eine nachhaltige Fachkräftezuwanderung integriert, ohne neue Hürden zu schaffen.

„Die Zeitarbeitsbranche bietet sozialversicherungspflichtige, tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse“

Ein Signal für eine zukunftsorientierte Einwanderungspolitik

Mit der Forderung nach der Abschaffung des Zustimmungsverbots sendet die CDU ein starkes Signal für eine moderne und pragmatische Einwanderungspolitik. Es geht nicht nur um die Bekämpfung des Fachkräftemangels, sondern auch um die Nutzung bewährter Strukturen und Expertisen in der Wirtschaft. Zeitarbeitsunternehmen könnten zu einem Schlüsselakteur für eine gesteuerte Arbeitsmigration aus Drittstaaten werden.

Die Öffnung der Zeitarbeit für Drittstaatsangehörige bietet eine Win-Win-Situation: Unternehmen erhalten dringend benötigte Unterstützung bei der Rekrutierung und Integration von Fachkräften, während Migranten eine klare und strukturierte Perspektive für eine Arbeitsaufnahme in Deutschland erhalten.

Die Zeit ist reif, das Beschäftigungsverbot in der Zeitarbeit zu überdenken und eine rechtliche Grundlage für eine stärkere Nutzung dieser wichtigen Ressource zu schaffen. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion hat mit ihrem erfolgreichen Antrag den ersten Schritt getan – jetzt ist die zukünftige Bundesregierung gefragt, die notwendigen Weichen für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik zu stellen. ●



Bastian Pophal
Referent für Arbeit, Gesundheit und Soziales
pophal@mit-bund.de

Das sagen die Experten



Bertram Kawlath

Geschäftsführender Gesellschafter Schubert & Salzer
Präsident Verband Deutscher
Maschinen- und Anlagenbau
(VDMA)

„Vor allem kleine und mittlere Unternehmen haben häufig das Problem, dass sie nicht die Kapazitäten haben, Fachkräfte im Ausland selbst zu rekrutieren und die oft komplizierten und langwierigen Visa- und Anerkennungsprozesse zu begleiten. Es ist daher sinnvoll, die Zeitarbeit für die Fachkräfteeinwanderung auch aus Drittstaaten zu öffnen – pragmatisch und frei von Ideologie.“



Christian Baumann

TimePartner Personalmanagement GmbH
Präsident Gesamtverband der Personaldienstleister (GVP)



Jana Schimke MdB

Berichterstatterin für das
Thema Zeitarbeit
Bundestagsausschuss für
Arbeit und Soziales



Dr. Alexander Bissels

Fachanwalt für Arbeitsrecht
Partner der Kanzlei CMS
Hasche Sigle

„Der Fachkräftemangel setzt Unternehmen in Deutschland stark unter Druck und wird sich durch den demografischen Wandel weiter zuspitzen. Personaldienstleister können durch Zeitarbeit einen wichtigen Beitrag zur Entlastung leisten, indem sie insbesondere kleine und mittlere Unternehmen mit ihrer Personalexpertise unterstützen. Der von der Ampel-Regierung im Rahmen der so genannten Wachstumsinitiative vorgelegte Entwurf beinhaltet unzumutbare und praxisferne Bedingungen, die zudem mit großem bürokratischem Aufwand verbunden gewesen wären.“

„Kaum einer verfügt über so viel Expertise bei der Mobilisierung und Integration von Fach- und Arbeitskräften wie die Zeitarbeit. Zudem sind fast 90 Prozent aller Arbeitsverhältnisse in der Zeitarbeit unmittelbar tarifgebunden und damit mehr als doppelt so viele, wie in der gesamten deutschen Wirtschaft. Auch hat die Branche einen Verhaltenskodex zu ethisch einwandfreiem Handeln entwickelt, an den sich die Mitgliedsunternehmen halten müssen. Da auch die Zeitarbeit dem geltenden Recht der Fachkräftezuwanderung unterliegt, ist sichergestellt, dass diejenigen kommen, die unser Land braucht. Es gibt also keinen sachlichen Grund mehr, die Branche mit einem Drittstaatsverbot zu versehen.“

„Die von der Ampel-Koalition geplanten gesetzlichen Einschränkungen bei der Rekrutierung von Fachkräften aus Drittstaaten über die Zeitarbeit hätten zu einem „Sonderarbeitsrecht“ geführt. Abgesehen von dem damit verbundenen (unnötigen) bürokratischen Mehraufwand greift ein verpflichtendes Equal Pay ab dem ersten Tag in die Tarifautonomie ein. Diese Regulierung hätte – in Zusammenarbeit mit einer zwölfmonatigen Mindestbeschäftigungsdauer ohne ordentliche Kündigungsmöglichkeit für das Zeitarbeitsunternehmen – zu einer verfassungsrechtlich bedenklichen Ungleichbehandlung geführt.“

„Deutschland muss technologischer Vorreiter bleiben“

Alexander Dobrindt, der Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, spricht im Interview mit Chefredakteur Fabian Wendenburg über einen Comeback-Plan für die Wirtschaft, das Verbrenner-Aus und die Stärkung des ländlichen Raums



Fabian Wendenburg: *Lieber Herr Dobrindt, wir befinden uns auf einmal mitten im Wahlkampf. Welches sind aus Ihrer Sicht die Kernbotschaften der Union, die jede Wahlkämpferin und jeder Wähler kennen sollte?*

Alexander Dobrindt: Deutschland braucht einen Politikwechsel und den gibt es nur mit CDU und CSU. Die Ampel hat unser Land in die Rezession

geführt: Unternehmen wandern ab, Arbeitsplätze verschwinden und Deutschland fällt international zurück. Es ist höchste Zeit, dass sich was ändert. In einer unionsgeführten Bundesregierung werden wieder die Grundsätze des Erfolgs gelten, die Vernunft hat wieder Vorrang vor Ideologie, der Kompromiss Vorrang vor Streit und das Gelingen Vorrang vor der Blockade.



Alexander Dobrindt (54) ist seit 1990 Mitglied der CSU und sitzt seit 2002 im Bundestag. Der Diplom-Soziologe ist seit 2009 Vorsitzender des CSU-Kreisverbandes Weilheim-Schongau. Von 2005 bis 2008 fungierte Dobrindt als wirtschaftspolitischer Sprecher der CSU im Bundestag. 2009 bis 2013 war er CSU-Generalsekretär und von 2013 bis 2017 Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur. Seit 2017 führt Alexander Dobrindt die CSU im Deutschen Bundestag.



**Und wenn es ans Regieren geht:
Was sollte die Union direkt anpacken?**

Zunächst muss der wirtschaftliche Abschwung unseres Landes gestoppt werden. Dazu braucht es einen Comeback-Plan für Deutschland mit wettbewerbsfähigen Unternehmenssteuern, einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung sowie einem investitionsfreundlichen Klima,

**„Deutschland braucht einen
Politikwechsel und den gibt es
nur mit CDU und CSU“**

das den Mittelstand nicht aus dem Land treibt. Wir brauchen eine Stärkung von Mittelstand und Industrie und nicht immer weitere Belastungen. Dazu gehört auch der Grundsatz: Arbeit muss sich wieder lohnen. Wir werden das Bürgergeld rückabwickeln, das Millionen von Menschen in der Sozialhilfe festkettet. Zweitens müssen wir die illegale Migration in den Griff bekommen und die deutsche Migrationspolitik wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Und drittens muss Deutschland wieder Führung in Europa übernehmen, um Sicherheit nach innen und außen zu gewährleisten. Dafür werden wir Polizei und Bundeswehr stärken.

**Angenommen, die Union stellt
wieder den Bundeskanzler:
Welche Bundesministerien wären
der CSU besonders wichtig?**

Jetzt geht es darum alles dafür zu tun, eine maximale Zustimmung für die Union bei der Bundestagswahl zu erreichen. Das ist mein einziger Maßstab. Wir brauchen im nächsten Bundestag eine möglichst große Unionsfraktion, um dann mit einem möglichst kleinen Koalitionspartner eine Regierung zu bilden. Und zwar eine, die wirklich in der Lage ist, den Politikwechsel umzusetzen.

**Sie haben Bündnisse mit den
Grünen auf Bundesebene
ausgeschlossen. Haben Sie das
Regieren mit der SPD wirklich
in so guter Erinnerung?**

Nach aktuellen Umfragen wird das neue Ampel-Wahlrecht dazu führen, dass sich die SPD-Fraktion im Bundestag glatt halbieren wird. Und wenn man schon über Koalitionsmöglichkeiten nachdenkt, dann muss man in diesem Fall darauf hoffen, dass die vernünftigeren Hälfte der SPD im Parla-

Besinnt Euch!*

* Die Diskussion über Glücksspielregulierung mutiert zunehmend zum Kulturkampf. Antiquierte ideologische Positionen negieren das menschliche Spielbedürfnis und problematisieren das Freizeitverhalten von Millionen Bürgerinnen und Bürgern. So werden die Ziele des Glücksspielstaatsvertrages – Kanalisierung des Spielbedürfnisses in legale Bahnen und Spielerschutz – nicht erreicht. Größter Profiteur derzeit: das illegale Angebot und die Organisierte Kriminalität. Staatlich konzessionierte Anbieter, deren Beschäftigte sowie Kundinnen und Kunden werden gegängelt und der Spielerschutz bleibt auf der Strecke.

www.admiral-games.de



„In einer unionsgeführten Bundesregierung werden wieder die Grundsätze des Erfolgs gelten“

ment übrig bleibt. Die Grünen aber haben die wirtschaftliche Misere Deutschlands maßgeblich mitverantworten. Sie sind die ständigen Bremser bei der Reduzierung der illegalen Migration. Und sie haben sich jahrzehntelang dagegen gewehrt, dass eine verteidigungsfähige Bundeswehr mehr Verantwortung in Europa übernimmt.

Ich sehe nicht, wie mit einer solchen Partei ein Politikwechsel erreicht werden kann.

Derzeit sieht die deutsche Automobilindustrie schweren Zeiten entgegen. Als Verkehrsminister haben Sie die Branche über Jahre begleitet. Was muss passieren, damit die Automobilindustrie in Deutschland eine Zukunft hat?

Es muss eine Korrektur des Verbrenner-Verbots durch Brüssel geben. Die Entscheidung zum Verbrenner-Aus war ein fataler Fehler, der dringend korrigiert werden muss. Den Verbrennungsmotor in Europa zu verbieten, anstatt auf die Entwicklung

synthetischer, klimaneutraler Kraftstoffe zu setzen, hilft nicht dem Klima, sondern gefährdet Wachstum und Wohlstand in Europa.

Zudem müssen wir wieder zu einer vernünftigen Förderung von Elektromobilität kommen. Das kann man durchaus intelligenter machen als in der Vergangenheit, wenn man dabei zielgenauer vorgeht. Aber Habecks Entscheidung, die E-Auto-Prämie von einem Tag auf den anderen auszusetzen, war ein großer Fehler, wie jeder an den aktuellen Problemen der Automobilindustrie sehen kann.

Deutschland muss technologischer Vorreiter bleiben.

Die CSU hat stets den ländlichen Raum im Blick: Welche Maßnahmen würden Sie in einer Bundesregierung zur Stärkung des ländlichen Raums umsetzen?

Die Ampel hat nicht nur den Süden Deutschlands massiv benachteiligt, sondern auch den ländlichen Raum – das gilt für den Ausbau der digitalen Infrastruktur ebenso wie für die Belastung der Landwirtschaft. Es braucht dringend einen Kurswechsel im Umgang mit dem ländlichen Raum. Wir wollen Breitband- und Mobilfunk auf dem Land ausbauen und nicht stoppen wie die Ampel. Wir wollen die Belastung für die Landwirtschaft reduzieren und nicht erhöhen wie die Ampel. Wir wollen die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum erhalten und nicht einschränken wie die Ampel mit ihrem Krankenhausgesetz.

Wir wollen eine Stärkung des ländlichen Raums und keine Schwächung, wie die gescheiterte Ampel es drei Jahre lang praktiziert hat.

Vielen Dank für dieses Gespräch. ●



Digitale Transformation: Stresstreiber oder Glücksspiel für Beschäftigte?

Digitalisierung gilt als Wundermittel für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und das gleich in mehreren Punkten. Erfolgreich digitalisierte Unternehmen glänzen durch Geschwindigkeit, Innovationen, durchgängige Markt- und Kundenorientierung und haben dazu noch aufgrund der hohen Mitarbeiterzufriedenheit eine magische Anziehungskraft im Arbeitsmarkt.

Doch wie passt das mit Studien zusammen, die eine zunehmende Stressbelastung durch digitale Technologien zum Ergebnis haben? Tatsache ist, dass stressbedingte Erschöpfungszustände ein wesentlicher Treiber der Krankstände in vielen Unternehmen sind. Wie schaffen es also Unternehmen, die die digitale Transformation meistern, die Themen Work-Life-Balance und die mentale Gesundheit der Mitarbeitenden positiv zu beeinflussen? Wir haben für Sie die 3 wichtigsten Erfolgsfaktoren zusammengefasst:

Mensch-im-Mittelpunkt des digitalen Wandels

Der inklusive „Human-in-command“ Ansatz ist der Schlüssel zum erfolgreichen digitalen Wandel. Dabei wird der Einsatz von KI und digitalen Technologien so gestaltet, dass sie den Menschen bestmöglich unterstützen und entlasten. Der Feind wird so mindestens zum Assistenten, wenn nicht sogar zum Freund. Die Berührungs- und Verlustängste werden durch das Einbeziehen der Mitarbeitenden in die Gestaltungsphase abgebaut und die weiterhin wichtige Fachkompetenz fließt in die digitale Prozessgestaltung ein. Das frühzeitige Auseinandersetzen mit den Möglichkeiten führt dazu, dass sich das Mensch-Maschine-Team aufeinander einspielt und zur schlagkräftigen Crew wird. Abgesehen davon wird insbesondere beim Einsatz

von KI damit verhindert, dass Erfahrung, Empathie und Kreativität unkontrolliert durch computergesteuerte Entscheidungen ersetzt werden.

Digitale Fitness

Die Magie von digitalen Technologien und vor allem KI entfaltet sich erst im täglichen Einsatz durch die Nutzung der Mitarbeitenden. Standardschulungen sind ein erster Schritt. Der Gamechanger ist die individuelle Förderung der digitalen Fitness. Dazu müssen Mitarbeitende nach ihrem individuellen Reifegrad abgeholt und mit den digitalen Technologien im wahrsten Sinne vertraut gemacht werden. Die Herausforderung liegt darin, die Generationen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern bestenfalls Teams zu bilden. Die zumeist jüngeren, digitalaffineren Mitarbeitenden werden zu Coaches der KollegInnen, die sich mit den Prozess- und Arbeitsveränderungen schwerer tun. Der positive Nebeneffekt dabei ist, dass frische Ideen mit langjähriger Erfahrung kombiniert werden können, die wiederum neuartige Prozesse und Lösungen ergeben.

Digitale Transparenz

Digitale Transparenz bedeutet, Einblicke in die Funktionsweise und den Ein-

satz digitaler Technologien zu geben – insbesondere in die Arbeitsweise von Algorithmen. Damit Menschen den Vorschlag einer KI nachvollziehen und ihm vertrauen können, müssen sie verstehen, wie diese Entscheidung zustande kam. Es geht dabei weniger um detailliertes Wissen über Programmiercode, sondern vielmehr darum, die grundlegenden Prinzipien zu kennen: Auf welche Daten greift die KI zu? Welche Prozesse laufen im Hintergrund ab? Nur so kann Vertrauen und Akzeptanz für KI-gestützte Entscheidungen entstehen.

Fazit: Die Erfolgsfaktoren für digitale Transformation sind zugleich auch diejenigen Maßnahmen, die die mentale Gesundheit von Beschäftigten fördern. Gemeinsam mit Work-Life-Balance-Programmen, einer inklusiven Unternehmenskultur und einem erfahrenen Digitalisierungs-Partner können auch Traditionsunternehmen die digitale Transformation erfolgreich meistern.

Michael Emrich
Geschäftsführung
Emrich Business Consulting
www.emrich-bc.de



 | EBC

Nimm einfach 2:
Strategisch digitalisieren & praktisch die ganze Mannschaft mitnehmen

Smart Business im Mittelstand
powered by
Microsoft Dynamics & Copilot

MIT@emrich-bc.com
www.emrich-bc.com



Mehr Marktwirtschaft für die Forschung!

Als MIT stehen wir für Prinzipien wie Markt, Wettbewerb und Unternehmertum, sehen den Staat genau nicht als den besseren Unternehmer. Was bedeutet das aber für Wissenschaft, Forschung und Innovationen? Mehr Markt wagen muss auch hier die Devise sein!

Ein Namensbeitrag von
Thomas Jarzombek MdB

Als wir vor sieben Jahren die Zuständigkeit für die Raumfahrtspolitik erhielten, standen wir vor großen Herausforderungen. Die Trägerrakete Ariane, vor 20 Jahren noch Stolz der europäischen Industrie, war in keiner Weise mehr wettbewerbsfähig. Damals lagen die Kosten für einen Flug mit Ariane 5 bei rund 200 Millionen Euro, während SpaceX das Gleiche für weniger als 50 Millionen anbieten konnte. Die Welt staunte über die Innovation, dass die Booster von SpaceX tatsächlich auf einem Schiff landen konnten und anschließend erneut in den Orbit flogen. Die Entwicklung der nächsten Ariane 6 lag hoffnungslos hinter allen Zeit- und Kostenplänen und viele Experten hielten die A6 schon vor ihrem Erststart für veraltet.

Die Probleme von Ariane sind nicht unähnlich zu vielen anderen Großvorhaben: komplizierte Entscheidungsstrukturen mit zu vielen Beteiligten und die fehlende Bereitschaft unternehmerisches Risiko zu übernehmen.



Wir analysierten damals, was die USA anders machen als wir. Und es wurde klar: Man setze dort auf Markt und Wettbewerb. Nach der Ära der Shuttles merkte die NASA, dass sie ein Kostenproblem hatte. Die Antwort war ein Wettbewerb zum Bau einer Trägerrakete, der gerade auch neue Unternehmen adressierte. Dabei setze man gezielt auf eine „vorkommerzielle Beschaffung“ – also bei Startups ein Produkt zu kaufen, dass diese noch nie hergestellt haben. Der Weg dorthin wurde mit Meilensteinen begangen, über mehrere Stufen bleiben am Ende die zweiten Besten übrig.

Wir haben dieses Wettbewerbsprinzip als best practise adaptiert. Und siehe da: Es funktioniert auch in Deutschland! Für neuartige Trägerraketen, sog. Launcher, haben wir einen Wettbewerb gestartet. Drei konkurrierende Startups waren dabei, ein Auftrag über 11 Millionen Euro ging an den Gewinner IsarAerospace, eine Ausgründung aus der TU München. In der Folge wurden dort 400 Millionen Euro privates Wagniskapital eingeworben – 40 Mal so viel wie an staatlichen Mitteln vergeben wurde. Aufträge statt Fördermittel – das ist das Rezept.

„Komplizierte Entscheidungsstrukturen mit zu vielen Beteiligten und die fehlende Bereitschaft unternehmerisches Risiko zu übernehmen“

Wenig später haben wir die gleiche Strategie bei Quantencomputern angewendet – mit ähnlichem Erfolg. Der vorkommerzielle Auftrag von 40 Millionen Euro für einen Quantencomputer im Leibniz-Rechenzentrum Garching hat dem beauftragten Startup geholfen anschließend rund 130 Millionen Euro Wagniskapital einzuwerben.

Diese Strategie müssen wir zum Kern für Schlüsseltechnologien machen. Wir wollen Fusionskraftwerke bauen! Hier wurden aus unseren Forschungseinrichtungen vier interessante Startups ausgegründet. Statt alle Unternehmen in ein gemeinsames Projekt zu zwingen brauchen wir hier einen Wettbewerb. Fried-

rich Merz spricht genau deshalb vom Bau der zwei ersten Fusionskraftwerke – im Wettbewerb.

Statt Milliarden aus dem Klima- und Transformationsfonds für neue Gaskraftwerke auszugeben, würde ein Wettbewerb mit Meilensteinen für zwei erste Fusionskraftwerke ähnliche private Investitionen anreizen wie oben beschrieben. Biotechnologie, synthetische Kraftstoffe, Batterietechnologie: Auf viele Technologien lässt sich diese wettbewerbliche Strategie anwenden.

Heute entscheiden wir über die Zukunft unseres Landes und ob wir High-Tech-Standort bleiben. Die Politik muss aufhören, mit Subventionen den Wandel bremsen zu wollen. Stattdessen müssen wir eine Startrampe bauen für unsere besten Köpfe und unsere großartige Forschung. Wie es geht, wissen wir, jetzt muss es getan werden! ●

Thomas Jarzombek MdB ist gewähltes Mitglied im MIT-Bundesvorstand.



EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



Schritt für Schritt in Richtung Bürokratieabbau

Kurz vor offiziellem Arbeitsantritt veröffentlichte die Europäische Kommission einen Vorschlag für ein digitales Meldeportal zu Entsendungsangaben. Die Initiative ist ein guter Impuls zur spürbaren Entlastung von Unternehmen. Vor allem KMU haben mit einem Flickenteppich nationaler Anforderungen zu kämpfen, der wertvolle Zeit kostet. Die Initiative bietet Verständlichkeit und Einheitlichkeit und gibt einen Vorgeschmack darauf, welche Rolle digitale Möglichkeiten beim Thema „Vereinfachung“ spielen werden. Dieses Potenzial muss bei der Beseitigung regulatorischer Hürden im Binnenmarkt stärker genutzt werden. Sofern der Gesetzgebungsprozess abgeschlossen ist, wird es darauf ankommen, die Mitgliedsstaaten auch zur Nutzung des freiwilligen Tools anzuhalten. Wir werden uns für einen für KMU praktikablen Rahmen einsetzen.



Deutsche Wirtschaft stagniert

Zeitgleich stellte die Europäische Kommission ihre Wirtschaftsprognose für das laufende Jahr vor. Während für den EU-Raum eine allmähliche Erholung vorausgesagt wird, prophezeit sie der größten Volkswirtschaft Europas zum zweiten Mal in Folge eine leichte Schrumpfung. Begründet wird das negative Wachstum mit der schwachen in- und ausländischen Nachfrage nach Produktionsgütern, Arbeitskräftemangel, dem zurückhaltenden Verbraucherverhalten und der waltenden wirtschaftlichen Unsicherheit angesichts „widriger Bedingungen“. Die Zahlen trüben nicht nur Zukunftsaussichten, sondern offenbaren die Folgen der schleichenden Strukturkrise auf nationaler und europäischer Ebene, denen in den vergangenen Jahren kaum politische Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde. Eine Kurswende ist angesichts der sich verschlechternden Stimmung unumgänglich.

Die Jury

Marion Walsmann (CDU) und Markus Ferber (CSU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



Ampel-Erbe

Neues Wahlrecht ist „schädlich für die Demokratie“

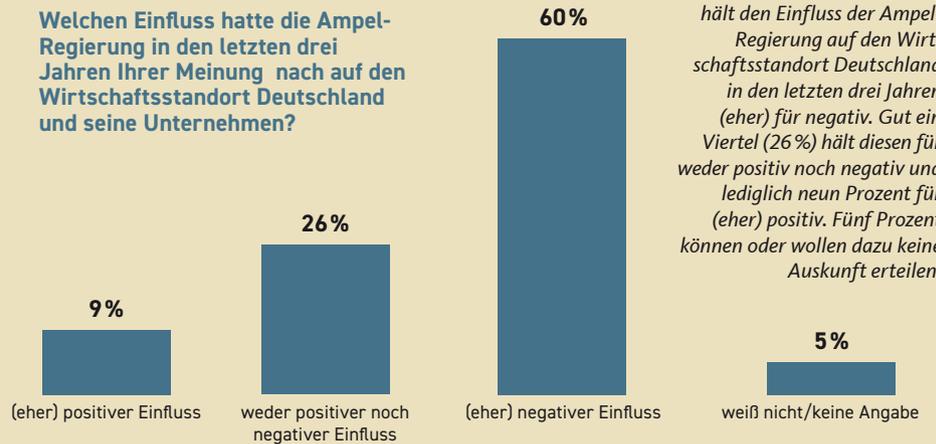
Die Ampel hat ein neues Wahlrecht beschlossen, das die Erststimme weitgehend entwertet. Damit ist nicht garantiert, dass der Kandidat mit den meisten Stimmen in einem Wahlkreis auch in den Bundestag einzieht. Wäre das neue Wahlrecht schon bei der letzten Bundestagswahl angewendet worden, wären 28 Wahlsieger nicht in den Bundestag eingezogen. Damit kann nicht garantiert werden, dass ein Wahlkreis überhaupt einen direkten Vertreter seiner Interessen nach Berlin schickt. Gitta Connemann sagte dazu im Handelsblatt: Gerade in den ländlichen Räumen ist diese Repräsentation wichtig, gibt der lokale Abgeordnete doch „der Politik ein Gesicht“. Weiter sagte sie: „Das neue Wahlrecht ist schädlich für die Demokratie: Es produziert nicht nur Frust bei den Kandidaten und deren Helfern, sondern vor allem auch bei den Wählerinnen und Wählern, wenn jemand trotz eines Wahlsieges nicht in den Bundestag einziehen darf. Das Regionalprinzip ist mit dem neuen Wahlrecht unter die Räder geraten.“



Schlechtes Abschlusszeugnis für Ampel

Nur eine verschwindend geringe Minderheit von 9 Prozent der Bürger zieht eine positive Bilanz der Wirtschaftspolitik der zerbrochenen Ampel-Regierung. Das geht aus einer repräsentativen INSA-Umfrage für die MIT hervor. Konkret fragte INSA: „Wie bewerten die Deutschen die Bilanz der Ampel für den Standort Deutschland in den letzten drei Jahren?“ Darauf antworteten 60 Prozent, sie halten den Einfluss der Ampel-Regierung auf den Wirtschaftsstandort Deutschland in den letzten drei Jahren für negativ. Gut ein Viertel (26 Prozent) hält diesen für weder positiv noch negativ und eben nur 9 Prozent für positiv.

Welchen Einfluss hatte die Ampel-Regierung in den letzten drei Jahren Ihrer Meinung nach auf den Wirtschaftsstandort Deutschland und seine Unternehmen?



Eine deutliche Mehrheit (60%) hält den Einfluss der Ampel-Regierung auf den Wirtschaftsstandort Deutschland in den letzten drei Jahren (eher) für negativ. Gut ein Viertel (26%) hält diesen für weder positiv noch negativ und lediglich neun Prozent für (eher) positiv. Fünf Prozent können oder wollen dazu keine Auskunft erteilen.

Quelle: <https://www.mit-bund.de/content/exklusive-insa-umfrage-fuer-die-mit-nur-9-fuer-wirtschafts-kurs-der-ampel>

Online-Event

Digitaler Lunch-Talk mit Jens Spahn



Mehr als 130 Mitglieder diskutierten am 21. November im Rahmen unseres Lunch-Talk-Formates des MIT-Fachnetzwerks Industrie mit dem stv. Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Jens Spahn, die neue Energie-Agenda der Union. Dabei wurde deutlich: Die Industrie in Deutschland braucht dringend wieder eine sichere und verlässliche Energieversorgung zu international wettbewerbsfähigen Preisen. Dazu müssen z. B. die Netzentgelte endlich sinken. Die Vorsitzenden des Netzwerks, Tilman Kuban und Gero Schulze Isfort, werden das erfolgreiche Lunch-Talk-Format auch im kommenden Jahr fortsetzen.

Internationale Runde

Schweizer MIT macht Dampf in Brüssel

Weiß die Schweizer Wirtschaft, worauf sie sich beim neuen Handelsabkommen mit der EU einlässt? Welche konkreten Erfolge und Initiativen zum Bürokratieabbau gibt es in Brüssel? Wer vertritt MIT-Interessen in den Europäischen Institutionen?

Diese Fragen standen im Vordergrund eines Treffens der MIT-Auslandsverbände Schweiz und Belgien auf Initiative von Markus Pieper und Matthias Klein am 16. Oktober in der europäischen Hauptstadt. „Der Mittelstand ist hier gut organisiert“, resümiert Bastian Biermann, als Vorsitzender der MIT Belgien und Gastgeber der internationalen Runde. „Spannend, dass die Schweiz zunächst mal die Bürokratie-Erleichterungen des Binnenmarktes und der Energieunion positiv sieht, aber auch eine Strategie gegen überbordende EU-Bürokratie entwickeln“, zeigen sich die Schweizer MIT-Vertreter Matthias Klein und Claus Widrig beeindruckt vom Termin in der Mission der Schweiz bei der EU.



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... der Mittelstand der Motor und Garant der deutschen Wirtschaft ist.“



Susann Kothe-Spies

Unternehmerin, MIT Görlitz

... die Vernetzung von Mittelstand und Politik entscheidend ist, um den Wohlstand zu sichern.“



Cord Bötger

Gründer, MIT Hannover

... jedes Mitglied sein Wissen, seine Ideen und Erfahrungen gleichwertig einbringen kann.“



Dr. Martina Brämwig

Gründerin, MIT Osnabrück

Susann Kothe-Spies lebt mit ihrer Familie in Markersdorf im Landkreis Görlitz.

2001 schloss sie ihre Ausbildung zur examinierten Krankenschwester ab und ist seit dem in diesem Beruf tätig. 2001 absolvierte sie die Qualifikation zur Pflegedienstleiterin. 2017 wagte Kothe-Spies den Schritt in die Selbstständigkeit und gründete einen ambulanten Pflegedienst, ein Jahr später kam noch eine Tagespflege hinzu.

Ganz bewusst entschied sie sich für die Versorgung des ländlichen Raumes. Kothe-Spies steht mit ihren Einrichtungen in regelmäßigem Kontakt zum sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer.

Gemeinsam mit einer von ihr gegründeten Arbeitsgruppe arbeitet sie an Konzepten und Lösungsvorschlägen, um diese dem sächsischen Sozialministerium vorzulegen.

Cord Bötger wuchs auf dem elterlichen landwirtschaftlichen Betrieb in Pattensen bei Hannover auf. Bevor er seine berufliche Laufbahn startete, absolvierte er erfolgreich eine zweijährige Ausbildung zum Reserveoffizier bei der Bundeswehr. Seine Karriere führte ihn zu Stationen bei der NORD/LB und SAP, wo er unter anderem mehrere Jahre in den USA tätig war. Als Diplom-Kaufmann leitete Cord Bötger zuletzt als Geschäftsführer eine mittelständische IT-Unternehmensberatung. Nach dem erfolgreichen Verkauf der Firma an einen Finanzinvestor befindet er sich derzeit im Übergang zur Gründung eines neuen Unternehmens, das sich auf Personalmanagement und Recruiting für mittelständische Unternehmen spezialisiert.

Bötger ist mit einer Zahnärztin verheiratet. Gemeinsam mit ihren drei Kindern wohnen sie im idyllischen Kirchrode.

Dr. Martina Brämwig wohnt seit 2018 in Osnabrück. Nach zehn Jahren Lehr- und Forschungstätigkeit an Universitäten weltweit, davon drei Jahre an der UN-Universität in Tokio mit Projekten zu Gesundheit, Entwicklung und Sicherheit, war sie zwölf Jahre im Vorstand eines Beratungsunternehmens in Bonn tätig. Parallel baute sie durch diverse ehrenamtliche Vorstandstätigkeiten und Fellowships ein breites Netzwerk in Politik, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft auf. Aktuell ist sie Beirätin der Britischen Handelskammer (BCCG) und der Clausewitz-Gesellschaft sowie Mitglied in internationalen Think Tanks (z. B. agi und CSIS in den USA, IISS in GB). Unter dem Motto „Erst Tun heißt Verstehen“ beschloss sie 2021, selber zu gründen. Sie erlebt seitdem die Herausforderungen des Unternehmertums – Erfahrungen, die sie Demut gelehrt haben und ihr jeden Tag zeigen, wie wichtig fairer Wettbewerb, Transparenz und Chancengerechtigkeit sind.

Die MIT ist mit rund 25 000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

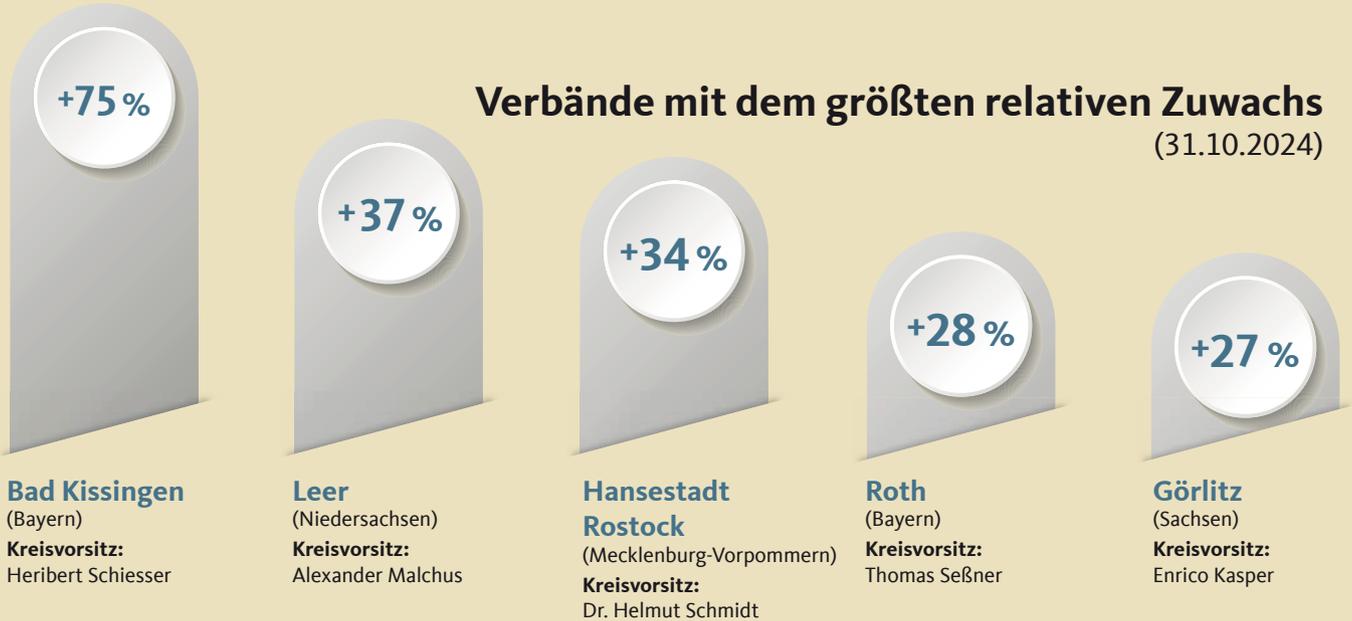


Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.10.2024)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.10.2024)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.10.2024)





„Mein Traum:
Menschen ganz
nach oben bringen.“

Esther Baum, Bergführerin

Berge von Bürokräm erledigt sie mit links.

Es ist ein eisiger Weg, den Esther Baum ihre Klettergruppe hochführt. Diesmal ist es ein zugefrorener Wasserfall in Island, den sie mit ihren Kunden erklimmt. Als Jungunternehmerin hat sie eine steile Karriere vor sich. Ihre Buchhaltung macht sie dabei automatisch – von unterwegs. Für große Träume braucht es jemanden, der dir den Rücken freihält. www.lexware.de

Lexware